Blätter für Rechtsanwendung / Ergänzungsband.

Erg.Bd. 8, 1890, S. 182 - 182

Widerspruchsklage zur Beseitigung einer
Beschlagnahme

Digitale Bibliothek des

Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte

2010-09-05T15:29:20Z

Durch die vorbesprochenen Erhebungen und namentlich durch eine Reihe von im hohen Alter stehenden Zeugen, deren Aussagen den Bestimmungen des Landrechts Theil II Kap. IV S. 9 über unvordenkliche Verjährung entsprechen, ist voller Beweis dafür erbracht, daß seit unvordenklicher Zeit das Herkommen besteht, daß die an das fragliche Weidegebiet anstoßenden Anwesensbesitzer ohne Rücksicht darauf, ob sie auf diesem Weidegebiete berechtigt waren oder nicht, ob sie das Weiderecht ausübten oder nicht, ihre an dieses Weidegebiet anstoßenden Grundstücke abzäunten.

Die erhobene Klage mußte daher abgewiesen werden.

Oberlandesgericht München. Urtheil vom 23. Februar 1889.

Widerspruchsklage zur Beseitigung einer Beschlagnahme. Es kann nicht angehen, die Nichtigkeit eines Uebereinkommens, auf welches die Besizumschreibung eines demnächst zum Zwecke der Zwangsversteigerung auf Antrag eines Gläubigers mit Beschlag belegten Anwesens im Hypothekenbuche sich gründet, nur zu dem Zwecke mittelst Widerspruchsklage geltend zu machen, um die Löschung dieser Beschlagnahme im Hypothekenbuche zu bewirken, ohne zugleich auch die Beseitigung des Eintrags des Besiztitels selbst anzustreben, da, solange nicht dargethan ist, daß dieser Eintrag zu Unrecht geschehen ist, nach Art. 21 ff. der Subhastationsordnung die Beschlagnahme als zu Recht bestehend anerkannt werden muß und jenes Uebereinkommen nicht in der Richtung gegen den Gläubiger als nichtig, im Uebrigen aber als rechtsgiltig angesehen werden kann.

Oberlandesgericht Augsburg. Urtheil vom 25. Juni 1888 Nr. 36/88.